

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Gernsack Nr. 20,
Vollsch Nr. 32.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 179.

Dienstag, 4. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gernähe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Fest-Tarife gewählter Rubrik erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterdrückungsbeiträge können Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zur Romfahrt des Kanzlers.

Der Zug nach dem Süden liegt dem Deutschen sehr tief im Gemüte. Man braucht nur den Gedanken auszusprechen und jedermann erinnert sich an die Heldentaten deutscher Condottieri; an die Romfahrten der Hohenstaufen, an unzählige Pilgerzüge deutscher Katholiken, an noch zahlreichere Wäls- und Wandertouren deutscher Handwerksburschen und last not least auch an — Kanossa.

Niemand kann sich daher wundern, daß der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius nach Rom fahren. Es ist keine Kanossa-Fahrt. Die beiden deutschen Staatsmänner folgen einer Einladung Mussolinis, wie sie längst auf eine Einladung MacDonalds sich nach Chequers begaben. Die Besuche europäischer Staatsmänner sind nun einmal heute an der Tagesordnung. Auf London folgte Paris, dem sich jetzt Rom anschließt.

Eines fällt freilich auf! Die Romreise der beiden deutschen Reichsminister erfolgt im August. In diesem Monat, der seinen hübschen Namen nach dem römischen Kaiser Augustus trägt, herrscht in Rom alljährlich eine derartige Hitze, daß alles, was nur irgendwie der ewigen Stadt entstehen kann, Rom verläßt und in die kühleren Berge zieht. Auch Mussolini und Grandi, die gegenwärtigen Nachbarn Roms, haben den Tiberstrand verlassen, sehen sich aber jetzt gezwungen, nach Rom zurückzukehren, um den Staatsbesuch aus dem hohen Norden zu empfangen. Es muß schon seine besonderen Gründe haben, wenn ausgerechnet im heißesten Monat Staatsbesuche in Rom stattfinden. Was drängt denn so?

Fühlt sich der Kanzler oder der Reichsaußenminister vielleicht zu besonderem Danke verpflichtet? Im Gegenteil! Scialoja, der frühere italienische Außenminister und heutige faschistische Senator hielt erst vor wenigen Tagen vor dem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag eine Brandrede gegen den deutsch-österreichischen Zollunion-Vertrag, der geradezu mit einer Kriegserklärung endete. Auch besondere wirtschaftliche Verhandlungen sind mit Italien nicht zu führen. Ein politisches Bündnis oder gar ein Militärbündnis kommt nicht in Frage. Geld können wir von dem faschistischen Italien gleichfalls nicht erhalten, denn der italienische Finanzminister hat selbst nicht geringe Sorgen und ist froh, wenn er den Zinsen- und Amortisationsdienst der in Amerika aufgenommenen Anleihen ohne Schwierigkeiten durchzuführen vermag.

Trotzdem! Die Romreise erfolgt jetzt. Sie ist ein Akt internationaler Courtoisie und entspricht dem diplomatischen Reglement. Haben die deutschen Staatsmänner den Einladungen ihrer englischen und französischen Kollegen Folge geleistet, dann entspricht es diplomatischer Höflichkeit, daß sie alsbald auch der Einladung ihrer italienischen Kollegen folgen. Ob die Besuchstage heiß oder kalt, stürmisch oder still sind, ist von sekundärer Bedeutung. Da man sich aber im September, gleich in der ersten Septemberwoche auf der Jahresversammlung des Völkerbundes in Genf trifft, mußte die Romfahrt der deutschen Staatsmänner eben im August erfolgen. Somit wäre auch für den Zeitpunkt eine ganz natürliche und plausible Erklärung vorhanden. Man geht aber schwerlich fehl in der Annahme, daß die Romreise beabsichtigt wird, um Mißverständnisse, die im römischen Faschisten-Himmel über die deutsche Politik herrschen, zu beseitigen. Dr. Brüning und Dr. Curtius haben auf dem Gebiet der diplomatischen Klärung und der Überwindung hochpolitischer Schwierigkeiten bereits große Erfahrungen gesammelt. Ihre jüngsten Erlebnisse in Paris und London werden ihnen fraglos zugute kommen. Im übrigen laufen die außenpolitischen Grundlinien der deutschen und italienischen Politik vielfach, ja in den meisten Fällen, parallel nebeneinander her, während sie sich nur in wenigen Punkten schneiden und kreuzen. Diese hochpolitische Tatsache dürfte die diplomatische Aussprache am Tiberstrand wesentlich erleichtern.

Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß auch Rom nur eine Etappe ist. Die Diplomatie geht mitunter verschlungenen Wege. Es ist richtig, daß der kürzeste Weg von Berlin nach Paris nicht über Rom führt. Aber die politischen Beziehungen Italiens zu Frankreich können uns keineswegs gleichgültig sein. Sind sie freundschaftlicher Natur und haben wir die diplomatische Unterstützung Roms, dann wird eine Verständigung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich wesentlich leichter sein als bei einem gespannten italienisch-französischen Verhältnis und etwaigen Intrigen, die von Rom aus gesponnen immer wieder die deutsch-französischen Verhandlungen erschweren können. Wie man im Privatleben nie genug Freunde haben kann, so ist es auch im Staatsleben von höchstem Werte, wenn ein Land bei seinen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beziehungen auf die Hilfe oder offene Unterstützung anderer Länder sich stützen kann.

In dieser Hinsicht kommt auch dem Besuch der beiden deutschen Reichsminister im Vatikan ein besonders aktuelles Interesse zu. Kardinalstaatssekretär Pacelli, der letzte päpstliche Nuntius in Berlin, kennt die deutschen Staatsmänner persönlich sehr gut und ist nicht minder vorreißlich über die Sorgen und Schwierigkeiten im Bild, mit denen Dr. Brüning und Dr. Curtius gegenwärtig zu kämpfen haben. Ueber die Bedeutung der päpstlichen Diplomatie, der ältesten und erfahrensten, die wir in Europa überhaupt besitzen, ist kein Wort zu verlieren.

Berlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredites.

Zustimmung des Verwaltungsrats der B33 zur Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredites.

Basel. In seiner gestrigen Sitzung hat der Verwaltungsrat der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich beschlossen, den Präsidenten zu ermächtigen, im Einvernehmen mit den beteiligten Zentralbanken den der Deutschen Reichsbank gewährten Kredit für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten zu erneuern. Der Anteil der B33 an diesem Kredit, dessen Rückzahlung am 8. August (letzten August) fällig war, beträgt 25 Millionen Dollar.

Zusammentritt des internationalen Sachverständigenkomitees der B33 am Sonnabend nachmittag.

Basel. In seiner gestrigen Sitzung, an der für den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther Geheimrat Oberlinnarat Dr. Boke sowie die deutschen Verwaltungsratsmitglieder Bankier Reichler und Kommerzienrat Reich teilnahmen, die im Verlaufe der Vorbereitungen am Sonntag zustandekommenen Vorschläge auf Einberufung des internationalen Sachverständigenkomitees bei der B33 antebellum, dessen Zusammenkunft bereits bekannt ist. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die Mitglieder dieses Komitees aufzufordern, ihre erste Sitzung am nächsten Sonnabend, den 8. August, in Basel abzuhalten, und dem Komitee ein Sekretariat zur Verfügung zu stellen. Das Komitee wird seinen eigenen Vorsitzenden ernennen und seine Arbeitsmethode selbst bestimmen.

Die weiteren Arbeiten des Verwaltungsrats der B33.

Basel. Der Verwaltungsrat der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich hat in seiner gestrigen Sitzung u. a. die Beschlüsse über die Lage in Österreich und Ungarn zur Kenntnis genommen, über deren Inhalt jedoch seitens der Bankleitung nichts mitgeteilt worden ist. Auch wurde der Geschäftsstand, aber den Stand der Bank der 31. Juli 1931 zur Kenntnis genommen. Dieser Ausweis zeigt eine Bilanzsumme von 1632 Millionen Schweizer Franken, was gegenüber dem letzten Ausweis eine Verringerung um 148 Millionen Schweizer Franken bedeutet. Diese Verringerung ist bei den Konten der Schapämter auf die seit dem 1. Juli in der Durchführung des Neuen Planes eingetretenen Veränderungen zurückzuführen, bei den Konten der Zentralbanken auf den Umstand, daß sich einige von ihnen genötigt sahen, Devisen zu verkaufen, um den auf den verschiedenen europäischen Plätzen festgestellten Kapitalabzügen zu begegnen. Ein Teil dieser Absetzungen ist durch Neueinlagen der Zentralbanken, auf deren Wäge Kapitalien zurückzuführen sind, ausgeglichen worden. 51 Prozent der Mittel wurden am 31. Juli in Form von Sicht-Guthaben beim sofort rediskontierbaren Wechseln gehalten, während die Sichtverbindlichkeiten nur 33%, betragen.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates wird an einem vom Präsidenten noch zu bestimmenden Zeitpunkt einberufen werden.

Die Entwicklung des Zahlungsverkehrs.

Berlin. Ueber die Entwicklung des Zahlungsverkehrs liegen folgende Meldungen vor:

Bübel: Die Banken berichten, daß die Einzahlungen die Auszahlungen überlegen haben. Einzelne Banken haben eine Verbesserung ihre Liquidität zu verzeichnen.

Gannover: Die Lage wird sehr unerschütterlich beurteilt. Bei den Banken sind heute sehr erhebliche Beträge eingezahlt worden, während die Abhebungen allgemein stark nachlassen. Bei der Reichsbank überwiegen die Einzahlungen die Auszahlungen um eine halbe Million Mark. Die Saisonanverkäufe bringen viel Geld aus der Hand des Publikums in Bewegung. Es heißt, daß der Handel die eingemommenen Summen in erster Linie zur Abdeckung seiner Schulden verwenden wird. Die Wechselkursnotierungen gehen beträchtlich zurück.

Potsdam: Die Banken haben für die teilweise Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs gut vorbereitet und befürchten keinerlei Schwierigkeiten.

Köln: Der Zahlungsverkehr ist reibungslos verlaufen. Die Einzahlungen sind im ganzen größer als die Auszahlungen.

Selmstedt bei Braunschweig: Abhebungen bewegen sich in normalem Ausmaß. Bei den Sparkassen haben die Rückzahlungen erheblich nachgelassen.

Die Liquidität der Gemeinde- und Sparkassen. Forderungen des Reichsstädtebundes.

Berlin. Der Reichsstädtebund hat die zuständigen Stellen in Reich und Ländern erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Gemeinden in ihren Anstrengungen, die Liquidität der Gemeinde- und Sparkassen auch in der verheerenden Finanzkrise sicherzustellen, durch sofortige tatkräftige Hilfe zu unterstützen. Der Reichsstädtebund fordert gleichartige Behandlung der Sparkassen und der Banken und demzufolge auch eine den notwendigen Bedürfnissen der Sparkassen angepaßte Zuweisung von Geldmitteln durch die Reichsbank.

Den preußischen Gemeinden ist die pünktliche Abfertigung der von ihnen eingezogenen Staatssteuern durch einen Erlaß des Ministers des Inneren zur besonderen Pflicht gemacht. Das legt aber voraus, daß ihnen die gemeindlichen Anteile an den Reichssteuern auch rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Am Schluß wird eine Erleichterung der Lasten gefordert. Wenn eine Entlastung der Gemeinden von Ausgaben, die nach allgemeiner Auffassung nicht von ihnen getragen werden können, weiterhin aufgeschoben wird, dann werde sich eine Katastrophe in vielen Städten nicht vermeiden lassen. Zu diesen Ausgaben gehören in erster Linie die Wohlfahrts- und Arbeitslosengeldleistungen.

Besprechung über das wirtschaftliche Aufbauprogramm.

Berlin, 4. August.

In der Reichskanzlei wurden Montagabend die Besprechungen zwischen Mitgliedern des Reichskabinetts, des preussischen Kabinetts, dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Vertretern der Wirtschaft und anderen Sachverständigen fortgesetzt. So nahmen Geheimrat Schmidt, der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, Reichstagsabgeordneter Dernburg, der Präsident der neuen Aktzept- und Garantienbank, Professor Warmbold, Geheimrat Bücher und Dr. Silberberg daran teil.

Der Kanzler hatte die Absicht, in diesen Kreisen noch einmal das wirtschaftliche Aufbauprogramm durchzusprechen, das das Kabinett in der nächsten Zeit wirksam machen will. Von unterrichteter Seite wird die Besprechung denn auch als informativ bezeichnet. Es liegt auf der Hand, daß sie keinen anderen Charakter haben konnte, denn Beschlüsse können natürlich in diesem Gremium nicht gefaßt werden. Sie sind auch nicht vor der Romreise des Kanzlers und des Außenministers zu erwarten. Vielmehr glaubt man, daß für die Kabinettsberatungen auch noch die nächste Woche benötigt wird und Entscheidungen frühestens Ende der nächsten, vielleicht aber auch in der übernächsten Woche fallen können.

Ueber den Inhalt des Wirtschaftsprogramms sind in der Presse bereits Einzelheiten angegeben worden. Von unterrichteter Seite wird jedoch gewarnt, diese Darstellungen als

richtig hinzunehmen. Bei all dem könne es sich nur um Vermutungen handeln, die zum Teil sogar falsch sind. So wird in einem Berliner Blatt eine Sentenz der Rieten angekündigt. Auch dabei handelt es sich um eine Kombination, die wohl aus der Annahme heraus entstanden ist, daß das Problem der Hauszinssteuer bei den Beratungen behandelt wird. Ebenso ist es zum mindesten zweifelhaft, daß die in dem Blatt weiter angekündigten Maßnahmen auf dem Kartellgebiet durchgeführt werden. Richtig dürfte dagegen sein, daß man sich in Kreisen des Kabinetts in den letzten Tagen wieder lebhaft mit der finanziellen Lage der Gemeinden befaßt hat, bei denen sich die Entwicklung der letzten Wochen natürlich auch fühlbar macht. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett schon recht bald zu Beschlüssen kommt, die die Situation der Gemeinden erleichtern. Dabei dürfte es allerdings fraglich sein, ob eine solche Erleichterung möglich ist, ohne daß die Gemeinden selbst zu drastischen Mitteln greifen, die einmal auf dem Gebiet der Ausgabenlenkung, zum anderen in der Veräußerung eigener Vermögenswerte liegen könnten.

Da der Kanzler bereits Mittwoch nach Rom fährt, so dürfte die zweite Hälfte der Woche in erster Linie weiteren Besprechungen der Ressorts vorbehalten bleiben. Bis zur Rückkehr Dr. Brüning's kann eine Reihe von Teilfragen immerhin so weit vorwärts getrieben werden, daß die Beratungen der nächsten Woche dann umso schneller vonstatten gehen.